

Zulasten finanziell schwächerer Studierender: Geht es nach dem Grossen Rat, wird ein Teil der Stipendien in verzinste Darlehen umgewandelt.
Foto: Fotolia.



Grosser Rat will verschuldete Studierende

Stipendiengesetz. Stipendien sind grundsätzlich dazu da, Studierenden, die weniger finanzielle Mittel haben, ein Studium zu ermöglichen. Sie tragen dazu bei, dass ein Studium möglichst lückenlos und schnell abgeschlossen werden kann. Studierende steigen frühzeitig ins Erwerbsleben ein und bezahlen auch früher Steuern.

Nun hat der Grosse Rat in seiner ersten Lesung – gegen den Antrag der Regierung – beschlossen, dass Studierende, die Anspruch auf Ausbildungsbeiträge haben, künftig einen Drittel der höchstmöglichen Stipendiumssumme von 16 000 Franken pro Jahr beim Staat als Darlehen beziehen und mit einer aktuellen Verzinsung von 3,1 Prozent zurückzahlen müssen. Davon wären rund 1200 Studierende einer Uni, Fachhochschule oder Pädagogischen Hochschule betroffen, wie der Regierungsrat darlegt.

Sicher ist der Entscheid für dieses Splittingmodell auch aufgrund der momentan schwierigen finanziellen Situation zustande gekommen. Doch das effektive Einsparpotenzial kann nicht wirklich ausgewiesen werden.

Bei einer Stipendiumssumme von 9 Millionen Franken würden künftig rund 3 Millionen als Stipendien gelten. Es gilt zu bedenken, dass Studierende wegen der wegfallenden Darlehen nebenher mehr Geld verdienen müssen, was ihre Ausbildungszeit verlängert. Ein Jahr Studium pro Studierenden kostet den Kanton wiederum rund 17 000 Franken.

Weiter muss berücksichtigt werden, dass auch ein nicht zu unterschätzendes Ausfallrisiko besteht, da keine Bonitätsprüfung vorgenommen wird. Der Kanton rechnet daher mit höchstens 1,5 Millionen Franken Einsparungen.

Der Preis dafür ist hoch, zu hoch. So schrieb Thomas Leitch, Grossrat und Sekundarlehrer auf Facebook: «Es widerspricht klar der Chancengerechtigkeit, wenn sich junge Menschen aus finanziell

schwachen Familien mit Darlehen verschulden müssen, um sich ihr Studium leisten zu können. Mit der Einführung des Splittingmodells würde der Aargau im Stipendienwesen künftig den letzten Platz aller Kantone belegen. Was für ein Armutszeugnis für diesen grossen Mittellandkanton!»

Das Stipendiengesetz wird Ende September im Grossen Rat abschliessend beraten. Dieser kann dann den bildungs-, sozialpolitisch und volkswirtschaftlich betrachtet unwürdigen Entscheid noch korrigieren.

Kathrin Scholl, stv. Geschäftsführerin alv